



Die Neuvermessung der Welt



- Friedensbewegung: Ergebnisse des 14. Friedensratschlages
- Deutschland: Bundeswehr und „Innere Sicherheit“
- Kosovo: EU-Protectorat?
- Lateinamerika: „Bank des Südens“ gegen Weltbank und IWF
- Israel/Palästina: Annapolis: Ein kleiner Schritt?
- EU/Afrika: Sicherheitsarchitektur der Rohstoffausbeuter

Nach dem Friedensratschlag: Mit Zuversicht ins neue Jahr

Inhalt

Editorial 2

TITEL

„Antiterror-Krieg“ 3
Kosovo: EU-Protektorat? 4
Die Sicherheitsarchitektur der Rohstoffausbeutung 9

THEMA

Bundeswehr im Inneren 5
Präventiver Sicherheitsstaat 7

GASTKOMMENTAR

Annapolis: Ein kleiner Schritt? 12

INTERVIEW

Lateinamerika: Gegen IWF und Weltbank 10

FRIEDENSBEWEGUNG

Ergebnisse des 14. Friedensratschlages 13

RUBRIKEN

Im Blickfeld 11
Buchbesprechung 15
Rückseite 16

IMPRESSUM

Das Friedens-Journal erscheint sechs mal jährlich und ist zum Solipreis von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet: www.friedensjournal.de

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel
Tel.: 05 61/804-23 14 · Fax: 05 61/804-37 38
e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,
Lühr Henken, Hans-Peter Richter,
Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski,
Horst Stuckmann, Horst Trapp
V.i. S. d. P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 069/24 24 99 50 · Fax: 069/24 24 99 51
e-mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Bildnachweis auf Heftseiten:

1, 2, 5: Karl-Heinz Peil;
10: Karl-Georg Zinn; 12: Archiv

■ Der 14. Friedensratschlag in Kassel war nicht nur überraschend gut besucht. Auch die Altersstruktur war erfreulich – mehr als sonst waren auch jüngere Leute präsent. Der Friedensratschlag stellte sich wie auch in den Jahren davor nicht nur mit einer thematisch großen Bandbreite dar, sondern spannte auch den großen Bogen von der akademischen Analyse bis hin zur Diskussion unserer praktischen friedenspolitischen Arbeit. Dem entsprechend beginnen unsere Beiträge in dieser Ausgabe mit Auszügen zu Peter Strutynskis Analyse der Weltpolitik und enden auf der letzten Seite mit dem Abdruck der Friedenspolitischen Schwerpunkte für 2008. Als Redaktion des Friedensjournal haben wir zunächst eine kleine Auswahl aus vielen sehr informativen Beiträgen aufgenommen. Für die nächste Ausgabe haben wir die Veröffentlichung weiterer Referate aus Kassel vorgesehen. Viel mehr kann man auf der Homepage der AG Friedensforschung an der Uni Kassel nachlesen.

Zum Titelthema der „Neuvermessung“ haben wir in dieser Ausgabe die aktuelle Zuspitzung im Kosovo sowie einen Beitrag der EU-Afrika-Konferenz in Lissabon zusammengefasst. In unserem Interview wird die in Lateinamerika sich verstärkende Gegenbewegung anlässlich der dort neu gegründeten „Bank des Südens“ thematisiert.

Bei dem Schwerpunktthema Afghanistan ist von der Friedensbewegung noch viel Arbeit zu leisten. Ein Hauptproblem bei der Organisation von Massenprotesten ist, dass die Menschen in unserem Land sich noch nicht hinreichend betroffen fühlen, um auf die Straße gehen. Gezeigt hat sich das im letzten Jahr auch bei der Afghanistan-Demo in Berlin. Wenn gleich die Beteiligung aus unserer Sicht ein guter Anfang war, so ist doch festzuhalten, dass eine Woche später mit wenig intensiver Mobilisierung am selben Ort in Berlin eine größere Beteiligung im Kampf gegen den sich verbreitenden Sicherheits- und Über-



wachungsstaat erzielt wurde. Bei dieser Thematik fühlen sich vor allem junge Leute viel stärker betroffen.

Beim 14. Friedensratschlag lag die starke Präsenz von jüngeren Leuten wohl auch daran, dass es bei der großen Themenbandbreite nicht nur um „die Neuvermessung der Welt“ ging, sondern auch um innenpolitische Fragen, wie die zunehmende Rolle der Bundeswehr im Inneren und die beunruhigenden Tendenzen zum repressiven Sicherheitsstaat. Diese Themen haben wir auch in der Auswahl von Referentenbeiträgen in dieser Ausgabe mit aufgenommen.

Bereits bei dem ersten Aktions-schwerpunkt der Friedensbewegung in diesem Jahr geht es sowohl um den Kampf gegen die Neuvermessung der Welt als auch gegen den Sicherheitsstaat im Inneren. Wie jedes Jahr sind auch diesmal wieder Aktionen gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München (vom 8. bis 10. Februar) angesagt. Weitere wichtige Aktionsvorschläge haben wir im Zusammenhang mit unseren Friedenspolitischen Schwerpunkten erarbeitet. Diese können aber nur einen Rahmen bilden. Aktuelle Ereignisse werden uns immer wieder fordern, schnell und mit überzeugenden Argumenten zu reagieren. Die Ergebnisse unseres Friedenspolitischen Ratschlages werden dabei hilfreich sein. Aus unserer Sicht kommt auch dem FriedensJournal eine entsprechende Funktion zu. Alle sollten helfen, seine Verbreitung zu forcieren.

Horst Trapp

Das nächste Friedensjournal erscheint am 15. März 2008.

Der „Antiterror-Krieg“ – die Grundtorheit des 21. Jahrhunderts

Von Peter Strutynski, AG Friedensforschung an der Uni Kassel
Auszug aus dem Einführungsvortrag zum Friedenspolitischen Ratschlag

■ Ich habe den Eindruck, dass wir uns heute in einer Übergangszeit befinden, in der drei verschiedene Konstellationen nebeneinander existieren und eine höchst brisante Mischung ergeben. Dazu möchte ich gern drei Thesen aufstellen. Während erstens der Kalte Krieg aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht wirklich aufgehört hat zu existieren, befinden wir uns zweitens mitten in einem neuen Kalten Krieg und drittens deuten manche Zeichen auf eine Rückkehr in die längst vergangene Zeit vor dem historischen Kalten Krieg hin.

Was heißt das im Einzelnen?

Meine erste These lautet:

Der Kalte Krieg, der in den 40 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg der ganzen Welt seinen Stempel aufgedrückt hatte, ist nur aus einer eurozentrierten Perspektive beendet worden. In Ostasien und im pazifischen Raum hat der Kalte Krieg in Wirklichkeit nie zu existieren aufgehört. Dies hat damit zu tun, dass in Asien der große Antipode der USA, die Volksrepublik China, von der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts nicht betroffen war und nicht in den Strudel des Zerfalls des Realsozialismus geriet.

Unabhängig davon, wie sich die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in China entwickeln werden, stellt das Land für die Supermacht USA eine große Herausforderung dar – auch wenn sich Peking zur Zeit selbst weniger als Supermacht, sondern allenfalls als Regionalmacht begreift. Dennoch ist sie in eine Reihe von Konflikten involviert, die über die Region hinaus weisen und die pazifische Hegemonialmacht USA auf den Plan rufen: der Streit um Inseln im Chinesischen Meer etwa oder – vor allem – Pekings Anspruch auf Taiwan.

Noch gravierender dürften die aufkeimenden Konflikte um die knappen Energieressourcen werden. Das er-

höhte militärische Engagement der USA in Afrika ist vor allem mit der erfolgreichen Handelspolitik Pekings in dieser Region zu erklären.

Zweitens:

Gleichzeitig befinden wir uns in einem neuen „Kalten Krieg“, den ich schon als „Antiterrorkrieg“ beschrieben habe. Dabei spielt die hochgradig ideologisch ausgetragene Konfrontation zwischen der „zivilisierten“ und der „nicht zivilisierten“, der christlich-abendländisch-modernen Welt und der islamisch-mittelalterlichen Welt eine Rolle. Was die Situation heute von dem alten Kalten Krieg unterscheidet und so gefährlich macht, ist die Tatsache, dass die USA aufgrund ihrer militärischen Stärke diesen Antiterrorkrieg nach Belieben auch heiß führen können. Kompliziert wird die Situation noch dadurch, dass sich dem Antiterrorkrieg zum Teil auch Mächte verschrieben haben, die in anderen Zusammenhängen zu den erklärten Gegnern der USA gehören.

Ich nenne hier als Beispiel die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit zu nennen, die 1996 von China und Russland sowie den zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan ins Leben gerufen wurde. Die Schanghai-Organisation versteht sich nicht nur als regionaler Wirtschaftsraum, sondern sie verfolgt auch die Absicht, der zunehmend als Bedrohung empfundenen Unipolarität der USA in Zentralasien entgegenzutreten und den Anspruch auf eine „multipolare“ Welt zu unterstreichen. Hinzu kommt die gemeinsame Furcht vor dem Anwachsen islamistischer Bewegungen.

Im August d.J. führte die Organisation ein achttägiges Manöver mit dem bezeichnenden Titel „Friedensmission 2007“ durch. Etwa 5000 Soldaten und Offiziere mit 500 „technischen Einheiten“, größtenteils aus Russland und China, haben dabei den „antiterroristischen“ Kampf geübt. Um in meinem

obigen Bild zu bleiben: Toren, wohin man blickt!

Meine dritte These lautet:

Die westlichen Industriestaaten (einschließlich Japans), die den Kalten Krieg in relativer transatlantischer Geschlossenheit verbracht haben, gewinnen an außenpolitischer Bewegungsfreiheit zur Durchsetzung dessen, was sie selbst als nationale Interessen definieren. Die Risse, die periodisch immer wieder zwischen den USA und den EU-Staaten sichtbar werden, deuten auf langfristige strategische Widersprüche hin, die über den Weg des politischen Kompromisses nicht endlos zu kitten sein werden. Das Interessante dabei ist, dass die Hauptakteure wieder dieselben sind, die schon vor hundert Jahren den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt ausgetragen haben.

Nach dem bekannten Sozialwissenschaftler und Philosoph Immanuel Wallerstein (2002) waren dies seit 1873 Deutschland und die Vereinigten Staaten. Sie repräsentierten bis 1913 die erfolgreichsten Ökonomien und lieferten sich von 1914 bis 1945 einen „dreißigjährigen Krieg“, der – in der Zwischenkriegszeit – nur von einem Waffenstillstand unterbrochen war. Deutschland hat nun im Rahmen der EU Verstärkung erhalten – die USA sind weiter auf sich gestellt und im Moment dabei, trotz weltweiten Engagements politisch in die Isolation zu geraten. Der britische Pudel Blair hat abgedankt und der französische Ersatzpudel Sarkozy wird wohl zu Hause alle Hände voll zu tun haben. Wallerstein gibt den USA nur noch wenige Jahre für den unabwendbaren Abstieg als einer entscheidenden Macht in der Weltpolitik.

Schon heute sei es so, dass die USA lediglich auf militärischem Gebiet eine Weltmacht darstellen, ökonomisch seien sie es längst nicht mehr. Für Wallerstein stellt sich deshalb nicht mehr die Frage, „ob die US-Hegemonie schwindet, sondern ob die Vereinigten Staaten einen Weg finden in Würde abzudanken, mit einem Minimum an Schaden für die Welt und für sie selbst.“

Komplettfassung auf
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/rat/2007

Kosovo: Zwischen Kolonialverwaltung und Krieg

Von Hannes Hofbauer, Journalist (Wien)

Für das Friedensjournal überarbeitete und aktualisierte Fassung des Referates vom 14. Friedensratschlag in Kassel

■ Einen unabhängigen, souveränen Kosovo wird es nicht geben. Nicht nur Serbien oder Russland sind es, die den knapp 2 Millionen EinwohnerInnen auf ihren 10.000 Quadratkilometern keine Unabhängigkeit zugestehen wollen, vor allem die USA und EU-Europa denken gar nicht daran, einen zweiten albanisch besiedelten Staat in die politische Selbstbestimmung zu entlassen. Nicht umsonst ist in dem von der UNO zurückgewiesenen, aber von Washington und Brüssel forcierten Ahtisaari-Plan von einer „überwachten Unabhängigkeit“ die Rede. Die Europäische Union ist auf dem Weg, ihr erstes offizielles, langfristig angelegtes Kolonialgebiet zu schaffen. Der „Euro“ ist längst Zahlungsmittel, Ende 2007 garantieren 17.000 Kfor-Soldaten aus 34 Staaten den Besatzungsstatus, Polizisten aus fast allen EU-Ländern patrouillieren in den Straßen kosovarischer Städte und mit dem Deutschen Joachim Rücker hat der sechste EU-europäische Spitzenmann (in acht Jahren) den höchsten administrativen Posten in Pristina übernommen. Er präsidiert Exekutive und Legislative in einer Person, Symbol der Gewalt in einer – ausländischen – Hand. Sein Wort steht über parlamentarischen Beschlüssen und kosovarisch-präsidentiellen Entscheidungen.

Fremdherrschaft ohne UN-Mandat

Am 19. Dezember 2007 hat der UN-Sicherheitsrat den Bericht der aus EU, den USA und Russland bestehenden Troika zum zukünftigen Status des Kosovo behandelt. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Die Unterstützung einer einseitig ausgerufenen kosovarischen Unabhängigkeitserklärung gegen die UN-Resolution 1244, wie sie von den USA, Frankreich und Großbritannien offen angekündigt worden ist, würde das Völkerrecht zur Makulatur werden lassen. Vieles deutet genau darauf hin.

Eigentlich hätte es über den Status des Kosovo nichts zu verhandeln gegeben. Nach dem Rückzug der serbischen Militäreinheiten im Juni 1999 hat die UNO in ihren Resolutionen 1244 (1999) und 1345 (2001) die „Verpflichtung zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit Jugoslawiens“ festgeschrieben. Serbien stand als Rechtsnachfolger nie zur Disposition. Es war vor allem der Druck aus den USA, die zwischenzeitlich nahe Urasevac/Ferizaj in „Camp Bondsteel“ ihr größtes Militärlager in Europa aufgebaut hatten, der die Statusfrage des Kosovo auf die internationale Tagesordnung setzte. Beteiligte an diesen Gesprächen meinen „off the records“, dass es reine Scheinverhandlungen gewesen waren. Nachdem das Ahtisaari-Papier für eine „überwachte Unabhängigkeit“ des Kosovo im Juli 2007 von der UNO nicht approbiert worden war, wurde die so genannte Troika beauftragt, bis zum 10. Dezember 2007 eine Verhandlungslösung zu finden. Eine solche gab es nicht, am 28. November musste EU-Verhandlungsleiter Wolfgang Ischinger in Baden bei Wien die Gespräche abbrechen.

Die serbische Suche nach einem Kompromiss, mithin das Angebot an die kosovo-albanische Führung, substantielle Autonomie inklusive Teilnahme an wirtschaftlichen internationalen Organisationen, scheiterte nicht zuletzt an der zeitlichen Befristung der Gespräche. Albaner-Vertreter sprachen offen darüber, keinem Kompromiss zustimmen, sondern nur die Unabhängigkeit akzeptieren zu wollen. Nachdem US-Präsident George Bush anlässlich seines Besuchs ausgerechnet in Tirana im Juni 2007 eine Unterstützung für die einseitige Ausrufung einer kosovarischen Staatlichkeit bekundet hatte, bestand für die Verhandler aus Pristina kein Anlass mehr, zu verhandeln.

Erstmals in der Geschichte der UNO könnte es dazu kommen, dass einem

Mitgliedsstaat, Serbien, ein Teil seines Territoriums ohne eigene Zustimmung und jener des Sicherheitsrates weggenommen wird. Ein solch eklatanter Bruch des Völkerrechts bedeutet nichts weniger als das Anfang vom Ende der größten internationalen Organisation. Der Politik von Slobodan Milosevic würde damit nachträglich Recht gegeben, denn während seiner Amtszeit wurde die „territoriale Integrität“ international garantiert, während sie nun, unter geänderten, so genannten „demokratischen“ Verhältnissen in Serbien missachtet wird.

Möglich geworden ist diese unheilvolle internationale Konstellation durch den Druck der USA auf die Staaten der EU. Dieser Druck, glaubt man Diplomaten aus dem Umkreis der Verhandlungen, muss enorm gewesen sein. In informellen Gesprächen war die Stimmung eine völlig andere als vor den Mikrofonen. Die allermeisten EU-Diplomaten wollten den Verhandlungsprozess fortsetzen. Auf Pressebriefings gaben sie allerdings der Überzeugung Ausdruck, der Zug sei abgefahren. Eine Schlüsselrolle nahm die neue französische Regierung ein, die sich transatlantische Bündnistreue auf ihre Fahnen geschrieben hat und mit dem heutigen Außenminister Bernard Kouchner den ersten internationalen Verwalter im Kosovo stellte, in dessen Amtszeit die Vertreibungen der Serben und Roma zum Massenphänomen wurden. Sarkozy betreibt offen die Ablöse Großbritanniens als europäische Flanke der USA und setzt Paris an die Stelle Londons, womit der Gaullismus endgültig der Vergangenheit angehört.

Das Kalkül der USA dürfte ein doppeltes sein: im slawisch-orthodoxen Umfeld auf dem Balkan eine starke und treue albanische Bastion zu errichten und zugleich den Spaltkeil in die Europäische Union zu treiben. Denn mit der bevorstehenden administrativen Übernahme des Kosovo durch die EU werden die wirtschaftlich, sozial und ethnisch nicht gelösten Probleme Brüssel und den EU-Mitgliedstaaten aufgebürdet. Viele von ihnen – wie Zypern, Griechenland, die Slowakei, Spanien, Rumänien, Bulgarien – stehen einer formalen Unabhängigkeit des Kosovo ablehnend gegenüber.

Die Verweigerung der Anerkennung staatlich-kosovarischer Autorität im nördlichen, serbisch besiedelten Teil der Provinz und ein möglicher Weise bevorstehendes Referendum in der bosnischen Republika Srpska ihre Unabhängigkeit betreffend könnten unmittelbare Konsequenzen der Missachtung der UNO-Resolution 1244 und der Umgehung des UN-Sicherheitsrates sein und schwere Krisen zur Folge haben. Angedrohte diplomatische Schritte Belgrads gegen jene Staaten, die Kosovo anerkennen, wären in der Lage, bilateral Beziehungen und die Arbeitsfähigkeit internationaler Organisationen wie der OSZE oder der UNO beträchtlich zu erschweren.

Die Verwaltung der „Internationalen“

Im Kosovo hat die Landnahme der „internationalen Gemeinschaft“ zu

einer nachgerade kulturellen Blüte gefunden. Längst hat man für die Großteils in Westeuropa und Nordamerika überproduzierte technische und soziale Intelligenz, deren zweite und dritte Reihe nun ihren Dienst in den Kolonien versieht, verschiedene Spitznamen parat: „Domestic internationals“ werden sie genannt, oder – im Falle der ungezählten Nichtregierungsorganisationen, die sich vor Ort tummeln, „MANGO“, das als Abkürzung für Mafia-NGO steht. 4000 Nichtregierungsorganisationen sollen im Kosovo bereits ihr Glück versucht haben. Je nach Quelle 3 bis 4 Mrd. Euro sind in den Jahren seit der Machtübernahme durch die UNMIK im Jahre 1999 von außen in die zivile Verwaltung des Kosovo gepumpt worden. Zur Entwicklung lokaler Strukturen hat das Geld nicht beigetragen. „Die Internationalen füttern sich selbst

mit ihrer Hilfe“ oder „sie essen ihr eigenes Geld“ lauten geflügelte Worte in Prishtine.

Gegen die von der Bush-Administration gegängelte Mehrheit der EU-Staaten, die den Kosovo-Albanern eine „Unabhängigkeit“ versprechen und dabei die geopolitische und wirtschaftliche Kontrolle über die Provinz meinen, stehen Serbien und Russland, deren Argumentation völkerrechtlich nichts entgegenzusetzen ist. Die Albaner im Kosovo gehören – wie die Serben – zu den Verlierern dieser Art von europäischer Neuordnung.

Weitere Infos:

„Mitten in Europa. Politische Reiseberichte aus Bosnien-Herzegowina, Belarus, der Ukraine, Transnistrien/Moldawien und Albanien“, erschienen im Wiener Promedia Verlag

THEMA



ULRICH SANDER

Bundeswehr: Aggressiv nach außen – repressiv nach innen

Auszüge aus dem Referat von Ulrich Sander (Bundessprecher der VVN-BdA) beim 14. bundesweiten Friedensratschlag, Kassel

Rohstoffen vorprogrammiert.“ („Y“, 07/2007)

Reservisten in ständiger Alarmbereitschaft:

„Soll die Bundeswehr für derartige Fälle (para-kriegerische Fälle, Terrorismus – U.S.) auch nichtaktive Truppenteile verfügbar halten? Wenn sich das als sinnvoll und notwendig erweist, ist das für mich keine grundsätzliche, sondern ausschließlich eine pragmatische Frage. Wenn ein Bedarf da ist: Ja.“ (Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt, CSU, „loyal“ 04/06)

Bundeswehr räumt mit religiösen Fanatikern in Südafghanistan auf:

„Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch deutsche Bodentruppen in den Provinzen Helmand oder Uruzgun (in Afghanistan) patrouillieren werden. Grund genug für die religiösen Fanatiker, sich Sorgen zu machen. Denn im Süden des Hindukusch liegt der Schlüssel zum Erfolg.“ („Y“, 05/07)

Die EU als Krieg führende Macht:

„Wirtschaftlich ist die EU bereits ein globaler Akteur. Was den militärischen Bereich angeht, da besitzt die EU noch Potential nach oben, insbesondere wenn schnelles und robustes Eingreifen in Konfliktregionen gefragt ist.“ (Informationen für die Truppe, IF, 2-3/07)

Nur der Soldatenberuf ist noch etwas Sicheres:

„Es ist richtig, zu verdeutlichen, dass der Arbeitgeber Bundeswehr einen sicheren Arbeitsplatz, ein gutes Einkommen und soziale Absicherung bietet. Dies bleiben in einer Arbeitswelt, in der alte Gewissheiten zunehmend verschwunden sind, wichtige Argumente.“ („Y“, 09/07)

Ungediente ältere Fachleute sollen zum Bund geholt werden:

„Heute versuchen wir, zivil erworbene Fähigkeiten für die Streitkräfte zu nutzen. Seit ein paar Jahren werden verstärkt auch ungediente Zivilisten in die Reserve übernommen. Wir müssen ei-

■ Es sei mir gestattet, mit einer kleinen Presseschau zu beginnen. Es handelt sich um nicht gemeldete Meldungen, die nur in der Militärpresse zu finden sind. Diese wird von der Friedensbewegung viel zu wenig beachtet.

Deutsche Raubkriege werden wieder vorbereitet:

„Das Ende des Kalten Krieges nährte den Traum vom Frieden weltweit. Stattdessen erleben wir heute asymmetrische Kriege. Dazu zeichnet sich eine neue Auseinandersetzung ab: der Kampf um Rohstoffe, eine neue globale Konfliktlinie. Das wirtschaftliche Wachstum Chinas und Indiens erfordert immer mehr Energieträger und Metalle, die die Industrieländer früher allein für sich beanspruchten. Von daher sind auch militärisch auszutragende Konflikte um die Sicherung von

nerseits nach Möglichkeiten suchen, zivile Spezialisten als Reservisten zu gewinnen. Zum anderen müssen wir Wege finden, diese flexibler einzusetzen und längerfristig an die Bundeswehr zu binden.“ (Generalleutnant Johann-Georg Dora, „Y“, 09/07)

Die besten Spezialisten müssen sich auf den Dienst in der Bundeswehr gefasst machen:

„Die Streitkräfte müssen sich darauf verlassen können, das Personal zu bekommen, das sie benötigen. Gerade für die Rekrutierung von Reservisten mit Spezialkenntnissen sei die Wehrpflicht eine notwendige Voraussetzung.“ (Minister und Reservist Franz Josef Jung, „Y“ 05/07)

Bundesregierung, sie erfolge durch die Abteilung Recht im Verteidigungsministerium. Polizei und Bundeswehr genehmigen sich gegenseitig die Verfassungsbrüche. So hat der Polizeiführungsstab KAVALA „mündlich kurzfristig am 6. und 7. Juni 2007 den Antrag auf Zuführung von Wasser und Verpflegung mit Hubschraubern der Bundeswehr“ gestellt, teilte die Bundesregierung mit. Der Befehlshaber des Wehrbereichskommandos hat den Antrag als „zulässig nach Artikel 35 Grundgesetz“ beurteilt und seine Durchführung angeordnet. Den Militärbefehlshabern vor Ort wurde offenbar signalisiert, sie sollten der Polizei gegebenenfalls auch auf Zuruf unkompliziert und außerhalb aller Dienstwege zu Hilfe kommen.

ZMZ per Reservistengesetz

In Bundeswehrblättern wie „Information für die Truppe“ wird seit Jahren auf den Inlandseinsatz gegen den Terror – und das heißt gegen „Chaosgruppen wie z.B. die Gruppe der Globalisierungsgegner“ (IftD 3/2002) eingestimmt. Per Reservistengesetz vom Februar 2005 wurden noch unter Rot-Grün über eine Million ehemalige Soldaten zusätzlich für die „Zivil-Militärische Zusammenarbeit ZMZ Inneres“, d. h. für den Einsatz im Innern bereitgestellt. Man hatte einfach das Reservistenalter von 45 Jahren auf 60 aufgestockt. Nach welchen Maßstäben die Bundeswehr ihre Einsätze gegen die Bevölkerung des jeweils besetzten Landes – also auch des deutschen Landes – ausrichtet, in welcher Tradition sie steht, das wird in dem Buch „Geheime Krieger“ des rechtsextremen Generals a.D. und ehemaligen Gebirgsjäger- und KSK-Kommandeurs Reinhard Günzel ausgeplaudert: Nach denen der Wehrmachts-„Antiterrorereinheit“ Division Brandenburg. Diese „Brandenburger“ waren u.a. im Juni 1941 in Lwow/Lemberg dabei, als 7000 Juden in wenigen Stunden von deutschen und ukrainischen Wehrmachtsangehörigen ermordet wurden.

Und eine solche Bundeswehr steht nun den zivilen Dienststellen „zur Seite“! In sämtlichen 426 Landkreisen und kreisfreien Städten wurden in den Rathäusern und Landratsämtern Kommandozentralen der ZMZ Inneres ge-

schaffen. Ganz oben sieht die dazu gehörige Struktur so aus: Geschaffen wurde das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ in Berlin-Treptow mit Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Kriminal- und Verfassungsschutzämtern der Länder, Bundespolizei, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst, Generalbundesanwalt und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Die Militarisierung des Landes erreicht mit dem neuen Reservistenkonzept und der neuen „Zivilmilitärische Zusammenarbeit Inneres“ und ihre Anwendung beim G8-Gipfel einen neuen Stand. Eine neue extrem rechte Organisation entsteht, – zusätzlich zum Wirken alter und neuer Rechtsextremer in der Bundeswehr. Und das ist die Reservistenbewegung.

Indoktrinierung der Bevölkerung

Die Kriege zur Rohstoffsicherung und Energieversorgung der westlichen Industriestaaten – und darum handelt es sich im Kern bei den heutigen „weltweiten Einsätzen“ – haben das öffentliche Leben in diesen Staaten, auch in unserem, entscheidend verändert. Neue Runden im Wettrüsten stehen bevor. Die Dämonisierung des Iran, die Stigmatisierung Russlands und Chinas als undemokratische, auf Weltherrschaft sinnende Regimes sollen die Bevölkerung einschwören auf mehr Rüstung, mehr Militär und offensive Zielsetzungen der Militärdoktrinen. Dies betrifft einmal die Atomrüstung und das Setzen auf die Erringung der Erstschlagskapazität durch die USA (neue Raketensysteme in Mitteleuropa, d. h. in Tschechien und Polen).

Auch wenn dies heute noch vor allem Drohkulissen sein mögen, so rückt die Welt damit doch näher an ein atomares Inferno heran. Wir stehen vor einer Welle internationaler Einsätze. Der Krieg soll unter dem Stichwort „militärischer Humanismus“ zum Alltag werden. Dementsprechend werden widersprechende Regeln des Völkerrechts außer Kraft gesetzt.

Zusammenfassende Thesen

1. Die Militarisierung des Landes hat mit dem neuen Reservistenkonzept einen neuen Stand erreicht. Viele Tausend Soldatinnen und Soldaten



Grafik: www.vorratsdatenspeicherung.de

Kampfeinsatz in Heiligendamm

Ohne Abstimmung im Bundestag wurde die angebliche „Parlamentsarmee“ zu einem Kampfeinsatz nach Mecklenburg-Vorpommern entsandt: Mit Panzerwagen, Kriegsschiffen und Tornado-Flugzeugen. Der verfassungswidrige Einsatz im Innern anlässlich des G8-Gipfels kostete die Steuerzahler lt. Pressemeldungen zehn Millionen Euro. Und er kostet Freiheitsrechte der Bürger.

Die Bundesregierung erklärte nun, dieser verfassungswidrige Einsatz geschehe per „Amtshilfeersuchen“ ziviler Behörden. Solche Amtshilfeersuche müssten auf ihre verfassungsrechtliche Zulässigkeit geprüft werden, wenn „die Amtshilfe von verfassungsrechtlicher Bedeutung ist.“ Das sei „regelmäßig der Fall, wenn Polizeibehörden der Länder die Bundeswehr anfordern.“ Die Prüfung muss nun nicht etwa durch das Verfassungsgericht erfolgen, sondern, so die

werden darin zusätzlich einbezogen. Es erfolgt eine Instrumentalisierung der Bundeswehr zum Kampf im Innern und zur reaktionären Beeinflussung der Massen. So wächst eine gewaltig große Militärorganisation heran. Dagegen ist die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht zu setzen, und jede neue Form von Zwangsdiensten („Zivildienst durch alle“ a la CSU) ist entschieden zurückzuweisen.

2. Neben der rechten Haupttendenz der Truppe, existiert die neofaschistische Wühlarbeit in der Truppe weiter. Nazis wollen Einfluss in der Bundeswehr und in der Gesellschaft, und sie wollen Waffen und Waffenkunde.

3. Als Gewerkschafter sagen wir, ein hohes Ziel muss die Verteidigung der

Demokratie sowie der Freiheit jedes Einzelnen sein. Nur so haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, im Interesse der kleinen Leute zu handeln. Deshalb wehren wir uns gegen neue Gesetze – und gegen alte –, die den Geheimdiensten und der Bundeswehr immer mehr Macht geben, um unsere Grundrechte zu beseitigen.

4. Wir müssen die sozialen Kämpfe wieder mit der Friedensforderung verbinden und das heißt: Runter mit der Rüstung!

5. Seit 1999 wird von Kriegstreibern behauptet, man müsse Krieg führen, um ein Auschwitz nicht wieder zuzulassen. Es gilt jedoch: Auschwitz wurde durch Krieg möglich. Die Verpflichtung „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ mit ihren beiden Seiten ist wiederherzustellen.

Erforderlich ist die enge Verbindung von Antimilitarismus/Antifaschismus mit der Friedensbewegung an. Wir brauchen eine Friedensbewegung, die auch eine Demokratiebewegung ist. Dazu müsste an den Konsens von 1945 wieder angeknüpft werden, der besagt: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ (Schwur von Buchenwald) Das bedeutet vor allem: Die Einhaltung der UNO-Charta und des Völkerrechts. In Potsdam wurde den Deutschen jede nazistische und militaristische Betätigung und Propaganda verboten. Immer wenn geplant wird, Deutschland entsprechend Artikel 7 der UNO-Charta militärisch tätig werden zu lassen, dann sagen wir: Deutschland hat sich aufgrund seiner Geschichte ganz aus Kriegen fernzuhalten.

Globale Feinderklärung durch „präventiven Sicherheitsstaat“

Auszüge aus einem Referat von Eberhard Schultz (Menschenrechtsanwalt, Berlin) beim 14. bundesweiten Friedensratschlag in Kassel

■ Im Hinblick auf seine präventive Orientierung steht der neue Anti-Terrorismus in der Kontinuität der vorausgegangener Entwicklungen. Neu am globalen Anti-Terrorismus der Nach-9/11 – Ära sind hingegen eine Reihe von Merkmalen:

1. Einzelne Personen und Gruppen werden außerhalb der Rechtsordnung gestellt; ihnen werden nicht nur einzelne Rechte beschnitten, sondern die gesamte Person soll aus dem Rechtssystem verbannt werden: Guantanamo, Abu Ghraib und andere Orte signalisieren die Wiederkehr der mittelalterlichen Vogelfreiheit.

2. Diese Rechtlosigkeit bedeutet im antiterroristischen Zeitalter Verschleppung, Folter und Gefangenschaft, u.U. gezielte Tötung mit Bombenangriffen aus der Ferne („target killing“). Die angeblichen Terroristen sollen nicht nur unschädlich gemacht, sondern zu Aussagen gezwungen werden über andere Terroristen, Strukturen und so weiter. Um eine gerichtliche

Überprüfung zu verhindern werden sie in Folterstaaten (Ägypten, Syrien, Marokko) verbracht oder in geheime Gefängnisse in den verschiedensten Ländern.

3. Militär, Geheimdienste, Staatsschutz, polizeiliche Spitzenkräfte rücken auf neuer Stufe zusammen, und das im internationalen Rahmen, weltweit. Nach dem 11.9.2001 entsteht unter US-amerikanischer Führung ein Anti-terroristischer Archipel, der sich auf ein Netzwerk transnationaler Militär-Polizei-Geheimdienst-Kooperation stützt.

4. Mit den so genannten »Terrorlisten« der USA, der EU und der UN haben die führenden Staaten ein Sanktionssystem jenseits des Rechtsstaats geschaffen: Wer gelistet wird, muss nicht nur um seine Freiheit und körperliche Unversehrtheit fürchten, sondern auch um seine soziale und materielle Existenz. Öffentlich werden sie als Terroristen (beziehungsweise deren Helfer) gebrandmarkt; ihre Bewe-

gungsfreiheit wird eingeschränkt; gegebenenfalls wird ihnen Asyl verweigert, oder sie werden abgeschoben; das Vermögen wird eingefroren.

Nachfolgend einige Beispiele für die Feinderklärung, verbunden mit Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Veranstaltungsverbote gegen Irak-Aufklärung

Der für Oktober 2004 geplante „Erste Arabische Islamische Kongress in Europa“, der vom Polizeipräsidenten so genannte „Islamistenkongress“ wurde durch dessen Bescheid in Berlin mit der Begründung verboten, in einem Internetaufruf werde unspezifiziert zur Unterstützung aller Gruppen aufgerufen, die mit Gewalt gegen die israelischen und amerikanischen Besatzer in Palästina und im Irak aktiv sind. Die Konferenz konnte wegen dieses Verbots seinerzeit nicht stattfinden, einer der Organisatoren wurde wegen seiner Aktivitäten für diese Konferenz aus Deutschland ausgewiesen. Erst im Ermittlungsverfahren beim Generalbundesanwalt und dem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht gelang es, die Begründung des Verbots wenigstens nachträglich zu korrigieren: Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof hatte den Antrag des Generalbundesanwalts zurückgewiesen, die Wohnungen und Kraftfahr-

zeuge der Veranstalter zu durchsuchen, weil die Internetveröffentlichung keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine Unterstützungswerbung im Sinne des Paragraphen 129 Strafgesetzbuch enthalte. Und durch Urteil des Verwaltungsgerichts vom 25. 10. 2006 – also mehr als zwei Jahre nach den maßgeblichen Vorgängen! – wurde festgestellt, dass der Verbotsbescheid des Polizeipräsidenten rechtswidrig war.

Auftrittsverbot für irakische Gewerkschafter

Selbst Vertretern von im Irak zugelassenen Gewerkschaften, die bei uns über die dortigen Verhältnisse berichten sollten, wurde die Einreise verweigert, obwohl sie in London und sogar in den USA problemlos hatten sprechen können. Ein dagegen beim

Verwaltungsgericht anhängig gemachtes Eilverfahren blieb erfolglos, weil die Bundesrepublik Deutschland bei der Erteilung eines Visums zur Einreise ein weites Ermessen habe. Gründe für eine Ermessensreduzierung auf null seien nicht ersichtlich; wenn andere Behörden Bedenken gegen die

Einreise erhoben hatten – sprich unheimliche Dienste – führe dies nicht zu einer Ermessensfehlerhaftigkeit (Beschluss vom 31. 10. 06).

Verbote von Symbolen und Bildern der Hisbollah

Als im Sommer 2006 kurz nach Beginn des Libanon-Krieges Bilder von den flächendeckenden Bombardierungen libanesischer Städte um die Welt gingen, kam es auch in Berlin zu Demonstrationen. Der Polizeipräsident verbot mit einer Auflage das Zeigen von Symbolen der Hisbollah und Bildern ihres Generalsekretärs auf den Demonstrationen zum Libanonkrieg: Dass mit dem Zeigen des Porträt des Hisbollah-Vorsitzenden ausgerechnet die Entführung von Soldaten oder Selbstmordanschläge gebilligt werden bzw. dazu aufgefordert werden soll, ist jedoch völlig abwegig. Nach der gleichen Logik müsste das Zeigen von Bildern israelischer Staatsführer verboten werden, weil damit die zahl-

reichen Kriegs- und andere Verbrechen der israelischen Armee gebilligt bzw. dazu aufgefordert werden würde. Oder das Zeigen von Bildern des US-Präsidenten Bush, weil damit Folterungen in Guantanamo, AbuGraib, CIA-Entführungen oder andere schwere Verbrechen gebilligt oder gutgeheißen würden. Besonders absurd ist die Argumentation der Polizei, *das Zeigen der Bilder ist nicht von der Meinungsäußerung umfasst, weil es „ein ‚Widerstands- und Sammelsymbol‘ ist, dem die Erklärenden selbst vorrangig eine Orientierungsfunktion beimessen, nicht aber eine versamlungsbezogene Meinungskundgabe.*

Mit diesem Trick wird versucht, die Grundrechte der Meinungs- und Demonstrationenfreiheit für alle diejenigen außer Kraft zu setzen, die in der Hisbollah nicht von vornherein eine terroristische islamistische Organisation sehen wollen.

„Hassprediger“

Viel Aufsehen haben die sogenannten „Hassprediger-Fälle“ in der Öffentlichkeit erregt. Sie zeigen besonders deutlich die aktuelle auch außenpolitische Dimension des Feindbildes. Ebenfalls in Berlin wurde der 60jährige türkische Staatsangehörige Tasci, der seit 1971 in Deutschland gelebt und gearbeitet hat und seit 1975 Prediger und Vorstandsmitglied von „Mili Görüs“ war, im Dezember 2004 ausgewiesen, weil er im Juni d. J. bei einer Kundgebung gegen die Unmenschlichkeit und Brutalität im Irak und Palästina das Gedicht eines islamischen Mystikers über religiöse Märtyrer vorgetragen und durch einen Bezug auf „Opferlämmer in Jerusalem und Bagdad“ aktualisiert hatte.

Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht Berlin haben die Ausweisung abgesegnet, weil das Gedicht „eine gewaltverherrlichende Äußerung“ sei, die „eine Assoziation zu Selbstmordattentaten und damit zu terroristischen Taten herstelle“.

Das Grundrecht der Religionsfreiheit sei nicht verletzt, bei der erforderlichen Güterabwägung gebühre „dem ebenfalls durch die Verfassung garantierten Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit ... Vorrang vor der Freiheit solcher religiös fundierter Verhaltensweisen ..., die – wie

die Verherrlichung von Selbstmordattentaten – zu konkreten Gefahren für das Leben oder die Gesundheit unbeteiligter Dritter führen können“

EU – Rettung oder Bedrohung?

Sicher hat zum Beispiel der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine beeindruckende Bilanz von positiven Entscheidungen zur Wahrung der Menschenrechte aufzuweisen; dies betrifft aber in erster Linie Länder wie die Türkei. England wurde erst nach langen Verfahren im Zusammenhang mit der Bekämpfung der IRA in einigen Punkten verurteilt, ähnlich rar sind die Verurteilungen Spaniens wegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der ETA, ganz zu schweigen von denen der deutschen Behörden und Gerichte bei der Bekämpfung der RAF. Europol und viele restriktive gesetzliche und administrative Regelungen sind von der EU entwickelt worden, allzu große Hoffnung auf die EU wäre aber auch mit Blick auf die EU-Terrorliste verfehlt: Unter den 48 als terroristisch geltenden Organisationen befinden sich Gruppen, mit einer Handvoll Mitglieder ebenso wie Guerillabewegungen, die ganze Landesteile kontrollieren, Islamisten ebenso wie kommunistische Organisationen. Unter anderem die kommunistische Volksfront zur Befreiung Palästinas PFLP, die kolumbianische FARC-Guerilla, die Arbeiterpartei Kurdistans PKK, die DHKPC, die baskische ETA sowie die Kommunistische Partei der Philippinen.

Nach den jüngsten Plänen des EU-Justizkommissars soll ein ganzer Katalog neuer Maßnahmen von den 27 Mitgliedstaaten umgesetzt werden, darunter die schärfere Überwachung von Passagieren bei Flügen aus und in die EU. Einzeldaten ihrer Kunden sollen von Luftfahrtgesellschaften zur Verfügung gestellt werden: von der Flugroute bis zur Kreditkartennummer.

Kein Wunder, dass Datenschützer hiergegen protestieren und schon davon gesprochen wird, diese Anti-Terrorvorschläge seien „ein weiterer Schritt auf dem Weg in einen europäischen Überwachungsstaat“.

Weitere Infos:

www.menschenrechtsanwalt.de



Grafik: www.vorratsdatenspeicherung.de

Die Sicherheitsarchitektur der Rohstoffausbeutung

Zum EU-Afrika Gipfel am 8./9. 12. 2007 in Lissabon

Von Christoph Marischka, Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung (Tübingen)

Gute Regierungsführung?

Das neue alte Verhältnis zwischen der EU und Afrika wurde auf dem Gipfel in Lissabon überdeutlich. Er begann mit einem erhobenen Zeigefinger: Angela Merkel hielt zur Eröffnung ein „Referat über gute Regierungsführung“ und ging dabei insbesondere mit Simbabwe Präsident Robert Mugabe hart ins Gericht. Genauer weiß jedoch niemand, denn die Gespräche fanden – ganz wie es sich für gute Regierungsführung gehört – hinter verschlossenen Türen statt.

Jedenfalls sorgte das für schlechte Stimmung. Den EU-Vertretern wurde vorgeworfen, sie würden sich mit der Situation in Simbabwe und überhaupt in Afrika offensichtlich nicht auskennen. Tatsächlich scheint es zunächst schwer nachzuvollziehen, warum ausgerechnet Mugabe von der EU zum bösen Buben und größten Menschenrechtsverletzer Afrikas erklärt wurde, während andere, nicht weniger autoritäre Herrscher, von den europäischen Staaten mit Polizeiausbildung und reichen Geschenken bedacht werden (so sie nicht, wie Mugabe, weiße Großgrundbesitzer enteignen).

Um die Transformation des Warlords Kabila zum gewählten Präsidenten der demokratischen Republik Congos zu ermöglichen, wurden letztes Jahr eigens EU-Truppen entsandt. „Seit dem Wahlsieg Kabilas am 29. Oktober 2006 hat es im Kongo mehr bewaffnete Konflikte und Tote gegeben als in den drei Jahren Friedensprozess davor“ schrieb Dominic Johnson bereits am 28.10.2007 für die taz. Mittlerweile ist am Congo wieder ein regelrechter Krieg im Gang doch die EU schweigt zu den massiven Menschenrechtsverletzungen des Regimes Kabila, da sie von der Neuvergabe der dortigen Bergbaukonzessionen profitieren will und sich zuvor im wahrsten Sinne des Wortes für Kabila „verkämpft“ hat. Noch Ende 2007 sollen im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik bis

zu 4.000 EU-Soldaten stationiert werden, um UN-Polizisten bei der Ausbildung von Sicherheitskräften vor Ort zu unterstützen – mit Einverständnis freilich der jeweiligen Regierungen unter François Bozizé und Idriss Déby. Beide haben eine Militärausbildung durchlaufen, sich an die Macht geputscht und anschließend wählen lassen. Beide sind in ihren Ländern mit bewaffneten Rebellenbewegungen konfrontiert, bei deren Bekämpfung bislang Frankreich unterstützend eingegriffen hat. In freudiger Erwartung hat Déby im Anschluss an den EU-Beschluss zur Truppenentsendung in weiten Teilen des Landes den Ausnahmezustand verhängt.

Der Streit um Mugabe wurde – trotz allgemein mangelndem Hintergrundwissen – auch in den Medien als Höhepunkt bzw. „Eklat“ inszeniert (ZDFheute.de titelte: „Das schwarze Schaf Mugabe“) und verhinderte somit eine inhaltliche Auseinandersetzung um das angebliche Scheitern des Gipfels. Dabei waren es durchaus nachvollziehbare Gründe, warum die afrikanischen Staatschefs das neue Handelsabkommen nicht unterzeichnen wollten und Nachbesserungen forderten, da sie nicht bereit sind, ihre Märkte für subventionierte EU-Landwirtschaftsprodukte zu öffnen und umfassend zu liberalisieren.

Schmankerln für Diktatoren

Dennoch haben die EU und die Vertreter der afrikanischen Staaten sich auf eine gemeinsame Strategie und einen gemeinsamen Aktionsplan geeinigt. Als stichwortartig formulierte Absichtserklärung steht die Umsetzung allerdings in den Sternen und keine Seite verpflichtet sich zu etwas.

Auf jeden Fall enthält der Aktionsplan vor allem im Schwerpunkt „Sicherheit und Frieden“, beide explizit als Vorbedingung für Entwicklung formuliert, Angebote, welche afrikanische Dikta-

toren kaum ausschlagen können. Neben einer engeren Kooperation mit den sicherheitspolitischen Akteuren in den afrikanischen Staaten hat die EU eine ganze „Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ ausgearbeitet, die nun umgesetzt und funktionsfähig werden soll. Bereits seit 2003 versucht die EU die Afrikanische Union (AU) zu militarisieren und ihr politisches Gewicht in Verhandlungen zu reduzieren. Die militärische Ausrichtung macht die AU von der EU abhängig, da die gemeinsamen Militäreinsätze nur mit Zustimmung, Finanzierung und logistischer Unterstützung Europas stattfinden können. Dazu sollen das einzurichtende „kontinentale Frühwarnsystem“, ein „Rat der Weisen“ und ständig bereitstehende multinationale Einsatzkräfte aufgestellt werden. All dies natürlich finanziert aus dem Europäischen Entwicklungsfond und begleitet vom Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSC) der EU in enger Abstimmung mit den UN. Darüber hinaus werden die Mitgliedsstaaten der EU und die G8 angehalten, bilateral die Ausbildung von Soldaten und Polizisten zu finanzieren und durchzuführen.

Ein solches Projekt ist beispielsweise das „Center of Excellence for Stability Police Units“ (COESPU) im italienischen Vicenza. Dort werden, finanziert von den G8, Polizeieinheiten von Dritt-Welt-Staaten für „Stabilisierungsmissionen“, also Aufstandsbekämpfung im Ausland, ausgebildet. Zwar sollen diese ihr erlerntes Wissen im Heimatland weiterverbreiten, eine (mensch-)rechtliche Unterweisung wird am COESPU jedoch nicht angeboten. Ein ähnliches Projekt, RECAMP, wurde von Frankreich ins Leben gerufen, mittlerweile aber europäisiert (Euro-RECAMP) und im Aktionsplan als vorbildliches Instrument angepriesen.

RECAMP (renforcement des capacités africaines de maintien de la paix) fand bislang in fünf Runden in je unterschiedlichen afrikanischen Ländern (Senegal, Gabun, Tansania, Ghana, Kamerun) statt. Unter französischer Leitung trafen sich jeweils Politiker und Militärs der EU und Kanadas mit Militär- und Polizei-Offizieren Afrikas, um gemeinsame Workshops und Übungen durchzuführen und ein mehr

oder weniger fiktives Szenario durchzuspielen. Dabei soll den afrikanischen Vertretern insbesondere der Umgang mit internationalen Organisationen vertraut gemacht werden.



Grafik: www.baustellen-der-globalisierung.blogspot.com

Ölkrieg

Die Szenarien die dabei durchgespielt werden, lohnen sich einer Lektüre. So fand 2004 in Ghana RECAMP IV statt. Das Szenario beinhaltete drei Länder (Gelb, Blau und Orange) deren Hauptstädte nach Städten in Benin

benannt waren und eine Region (Grün), die zwei der Länder umfasst und in der Öl gefunden wurde. Um das Öl abtransportieren zu können, wird eine Pipeline durch Orange gebaut, das selbst über keine Ölvorkommen verfügt, und die Bevölkerung aus dem Ölgebiet vertrieben. Diese beginnt daraufhin einen bewaffneten Aufstand, der von Orange unterstützt wird und weitere Rebellenbewegungen in Gelb und Blau aktiviert. Es kommt zum Bürgerkrieg, die Förderanlagen liegen brach, Kindersoldaten werden rekrutiert. Mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft wird ein Friedensabkommen geschlossen, eine multinationale Truppe der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) im Ölgebiet aufgestellt und von der UN mandatiert. Ein bislang nicht existentes Sicherheits- und Verteidigungskomitee der ECOWAS übernimmt gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft die weitere Planung für die Region, der Schutz der Zivilbevölkerung und die Kontrolle der

Ölvorkommen werden Aufgaben des Militärs. Die Krise wird durch einen weiteren Beschluss des Sicherheitsrats beendet, welcher eine „multi-dimensionale“ Operation mandatiert: Sie umfasst neben dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Überwachung des Waffenstillstandes auch „die Unterstützung beim Aufbau der für die Ausbeutung der Ölressourcen und stabile politische Verhältnisse notwendigen wirtschaftlichen Strukturen.“

Die Ausbeutung Afrikas soll weitergehen und die Handelsbedingungen sollen noch klarer zu Gunsten der EU gestaltet werden. Die einzige Lösung für die hierdurch zwangsläufigen Konflikte wird nicht nur in Europa, sondern auch durch die afrikanischen Regierungschefs in einer umfassenden Militarisierung Afrikas gesehen

Die afrikanischen Regierungen verlieren hierdurch allerdings politische Handlungsspielräume und werden zu bloßen Verwaltern der Sicherheitsarchitektur der Ausbeutung.

INTERVIEW



KARL-GEORG ZINN

FJ: Sowohl der Internationale Währungsfond (IWF) als auch die Weltbank werden für die heutigen sozialen und strukturellen Probleme in Lateinamerika verantwortlich gemacht – vor allem von den Gründern der „Banco del Sur“. Welche Mechanismen waren dabei maßgebend und inwieweit haben diese auch in anderen Regionen dieser Welt ähnliche Wirkungen erzielt?

Die hoch entwickelten kapitalistischen Länder erfuhren seit den 1970er Jahren eine dauerhafte Reduktion ihrer Wachstumsraten. Die Investitionstätigkeit fiel relativ stark zurück, relativ

Lateinamerika: Gegen IWF und Weltbank

Interview mit Karl-Georg Zinn, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik „Memorandum-Gruppe“ (Wiesbaden)

im Verhältnis zu den vorhergehenden Jahrzehnten. Damit ergab sich für Kapitalanleger das Problem, wohin mit dem Geld. Die Sachkapitalbildung ging zurück, weil die erwarteten Renditen nicht mehr attraktiv genug erschienen. Es begann eine bis heute anhaltende Umlenkung von Kapital auf hoch riskante, spekulative Anlagen. Es flossen Gelder in die so genannten Schwellenländer. Diese wurden im Verlauf der neoliberalistischen Offensive von den „westkapitalistischen“ Regierungen sowie durch IWF und Weltbank quasi zum Abbau von Kapitalverkehrskontrollen gezwungen, um dem überschüssigen Kapital der USA, Westeuropas und aus anderen Weltregionen das Eingang in die Schwellenländer zu erweitern. Daraus entstanden dann die wiederkehrenden Verschuldungskrisen – erstmals

die Mexiko-Krise 1982. Das eingeströmte Finanzkapital konnte selbstverständlich nicht produktiv angelegt werden, sondern trug wesentlich zur Inflationierung in den Schwellenländern bei. Der Schuldendienst konnte in sinkendem Maße aus den laufenden Exporteinnahmen bedient werden. Damit sahen die westkapitalistischen Gläubiger ihre Felle davon schwimmen. Der IWF und die Weltbank begegneten dieser Entwicklung mit einer Art „Deflationszwang“, d.h. die verschuldeten Länder wurden zu massiven Einschränkungen ihrer Staatsausgaben und Druck auf die Masseneinkommen gezwungen. Damit sollte die Nachfrage auf den Binnenmärkten der Schwellenländer eingeschränkt werden, um die sowohl die Exporte zu steigern, als auch die Importe zu senken. Die daraus resultierende Verbes-

serung der Zahlungsbilanzsituation sollte dann der Bedienung der Auslandsschulden zugute kommen. Die IWF-Politik diene also einzig und allein den Interessen der westkapitalistischen Gläubiger.

FJ: Und welche Rolle spielt dabei die Politik?

Natürlich würde die Rolle des IWF und der Weltbank zu verkürzt dargestellt, wenn nicht deren generelles „politisches Mandat“ gesehen würde. Diese Institutionen hatten/haben die Aufgabe, die Interessen der westkapitalistischen Machthaber, insbesondere der USA, global durchzusetzen. Die Gründung der südamerikanischen „Banco del Sur“ könnte einen ersten Schritt für die Befreiung des „Südens“ von den finanzkapitalistischen Fesseln der hoch entwickelten kapitalistischen Länder bedeuten. Es scheint mir jedoch noch zu früh, die Wahrscheinlichkeit einzuschätzen, dass dies auch geschieht. Denn über die Aufgaben, Ziele und Handlungspraxis sind die an der „Banco del Sur“ noch keineswegs einig. Beispielsweise haben Venezuela und Brasilien deutlich verschiedene Konzeptionen im Sinn.

FJ: Es gab in der jüngsten Vergangenheit viele Negativschlagzeilen zu IWF und Weltbank. Führt die Gründung der

Banco del Sur zu weiteren Rückwirkungen?

Trotz der eben gemachten Einschränkungen signalisiert die Gründung der Bank, dass – nicht zuletzt infolge der Preisexplosion am Rohölmarkt und den steigenden Preisen anderer Rohstoffe – die Welt außerhalb der westkapitalistischen Sphäre nicht nur selbstbewusster geworden ist, sondern allmählich auch über das ökonomische Potential verfügt, sich eine eigenständige Entwicklung durchzusetzen. Hierbei ist die nicht zu überschätzende Rolle Chinas in Rechnung zu stellen. Denn Chinas Nachfrage an den Weltmärkten hat ganz wesentlich zu jenen Preissteigerungen bei Primärgütern beigetragen, und die Entwicklung wird sich fortsetzen. Am Ende unseres Jahrhunderts wird die Vormachtstellung der USA und ihrer heutigen „Verbündeten“ endgültig beendet sein. Die Frage stellt sich, ob es bis dahin noch eine Weltkatastrophe, eine Dritten Weltkrieg gibt. Denn kampfflos wird der Westkapitalismus seinen „Untergang“ nicht hinnehmen.

FJ: Sie sagten gerade, dass ein Erfolg der „Banco del Sur“ keineswegs sicher ist, vor allem wegen der unterschiedlichen Konzeptionen Venezuelas und Brasiliens. Welche Faktoren werden den Erfolg letztlich ausmachen?

Ich denke, dass die Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedsländern der „Banco del Sur“ über ihre künftige Strategie wesentlich davon abhängigen wird, auf welche Seite sich China – und mit geringerem Gewicht andere Schwellenländer (z.B. Indien) und Russland stellen werden.

FJ: Der Neoliberalismus hatte 1973 mit dem Militärputsch in Chile seine Initialzündung. Hat die schrittweise Abwendung Südamerikas vom Neoliberalismus außer der symbolischen Bedeutung noch mehr Konsequenzen – speziell für die US-Hegemonialpolitik?

Eine grundsätzliche Abkehr vom Neoliberalismus zeigt sich momentan doch nur in sehr wenigen Ländern. Ob sie außenpolitisch isoliert werden und die innenpolitischen, „konterrevolutionären“ Bestrebungen überstehen könnten, ist gegenwärtig nicht einzuschätzen. Die USA und ihre „Partner“ sind jedoch bemüht, den „Sozialismus“, wo immer er als junges Pflänzchen auf dem Boden von Armut und Elend zu wachsen beginnt, mit Subversion, Geheimdiensten, Unterstützung von „Contras“ und unter Umständen auch durch militärische „Polizeiaktionen“ zu ersticken. Wie gesagt, der Westkapitalismus wird nicht kampfflos beigegeben.

Das Interview führte Karl-Heinz-Peil

IM BLICKFELD

Südamerika: Banco del Sur gegründet

BUENOS AIRES, 10. Dezember 2007 – Am gestrigen Sonntag (9. Dez.) haben die Staatschefs von sieben südamerikanischen Staaten in Buenos Aires die Gründungs-urkunde für die Banco del Sur („Bank des Südens“) unterzeichnet.

Initiatoren Chávez, Kirchner. Hauptsitz der neuen Bank wird die venezolanischen Hauptstadt Caracas sein, das Startkapital soll rund sieben Milliarden US-Dollar betragen.

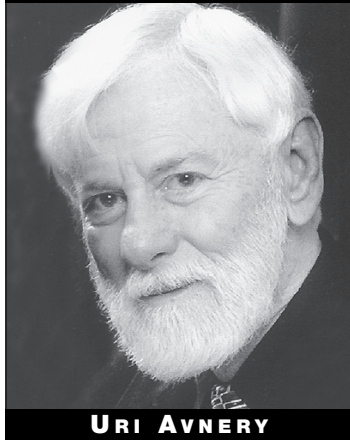
An dem Projekt beteiligen sich Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela. Die „Bank des Südens“ wurde von Néstor Kirchner (Argentinien) und Hugo Chávez (Venezuela) initiiert und soll eine Alternative zu Weltbank und IWF sein, die nach Ansicht der meisten Politiker Südamerikas bei wichtigen Entscheidungen und Projekten „versagt“ haben, wie etwa der

ecuadorianische Präsident Raffael Correa gegenüber der Presse sagte. Die Grundidee von Hugo Chávez und Néstor Kirchner ist, dass die Banco del Sur ihr Gründungskapital aus den Reserven an internationalen Devisen der jeweiligen Zentralbanken bezieht.

Die Banco del Sur soll in erster Linie große Infrastrukturprojekte in Südamerika finanzieren, aber nach Vorstellung der gemeinsamen multinationalen Arbeitsgruppe, die seit März arbeitet, auch Bonds und Aktien ausgeben.

Erstes Großprojekt könnte die Finanzierung des „Gasoducto del Sur“ – einer über 8.000 Kilometer langen Gas-Pipeline vom Norden des Subkontinents in den Süden – sein.

Quelle: Argentinien aktuell Nachrichtendienst; www.argentinienaktuell.com



Annapolis: Ein kleiner Schritt?

Von Uri Avnery – Journalist, Schriftsteller und Friedensaktivist (Tel Aviv)

■ Die Abschlussverlautbarung verkündete, dass die USA die Verhandlungen beaufsichtigen, dass sie als Schiedsrichter die Implementierung der Vereinbarungen beäugen und allgemein als Richter während des Gesamtprozesses fungieren werden. Alles hängt also von den Staaten ab. Wenn sie es wollen – wird viel geschehen. Wenn sie es nicht wollen, wird sich gar nichts tun.

Das lässt nichts Gutes ahnen. Es gibt keine Anzeichen, dass George Bush sich hier wirklich engagiert, um etwas zu erreichen – abgesehen von netten Fotos. Es gibt Leute, die glauben, dass die ganze Show nur dafür veranstaltet wurde, damit sich die armselige Condoleezza Rice ein wenig besser fühlt, deren Bemühungen als Außenministerin allesamt gescheitert sind.

Selbst wenn Bush gewollt hätte, hätte er denn etwas tun können? Ist er denn überhaupt in der Lage dazu, Druck auf Israel auszuüben – angesichts der starken Opposition von Seiten der Pro-Israel-Lobby und vor allem von Seiten der christlich-zionistischen Öffentlichkeit, zu der er selbst gehört?

Ein Freund erzählte mir, dass er während der Konferenz das vom Fernsehen übertragene Prozedere bei ausgeschaltetem Ton verfolgte, um die Körpersprache der Hauptakteure genau beobachten zu können. Auf diese Weise entdeckte er interessante Details: Bush und Olmert berührten sich viele Male – aber zwischen Bush und Mahmoud Abbas gab es fast keinen körperlichen Kontakt. Außerdem war während all der gemeinsamen Treffen die Distanz zwischen Bush und Olmert kleiner als zwischen Bush und Abbas. Manchmal liefen Bush und Olmert voraus und Abbas hinterher.

SHERLOCK HOLMES sagte bei einem seiner Fälle, dass die Lösung mit „dem eigenartigen Vorfall mit den Hunden in der Nacht“ zu tun haben müsse. Als er darauf hingewiesen wurde, dass die Hunde gar nichts getan hätten, antwortete er: „Genau dies ist der seltsame Vorfall.“

Jeder, der verstehen will, was in Annapolis geschehen (oder nicht geschehen) ist, wird die Lösung in der Tatsache finden, dass die Hunde nicht bellten. Die Siedler und ihre Freunde verhielten sich ruhig, gerieten nicht in Panik, regten sich nicht auf, verteilten keine Poster mit Olmert in SS-Uniform – so wie sie es nach Oslo mit Rabins Abbild getan hatten – alles in allem begnügten sie sich mit dem obligatorischen Gebet vor der Klagemauer und einer ziemlich kleinen Demonstration in der Nähe der Wohnung des Ministerpräsidenten.

Das heißt, sie waren nicht beunruhigt. Sie wussten, dass nichts passieren wird, dass es kein Abkommen geben wird über die Auflösung auch nur eines armseligen Außenpostens. Und auf die Vorhersage der Siedlerführer kann man sich verlassen. Wenn es nur die geringste Chance gegeben hätte, dass man mit dieser Konferenz Frieden erreicht hätte, dann hätten sie ihre Anhänger in Massen mobilisiert.

DIE HAMASBEWEGUNG andererseits hat Massendemonstrationen in Gaza und in der Westbank organisiert. Die Hamasführer waren tatsächlich sehr beunruhigt.

Nicht weil sie fürchteten, dass bei diesem Treffen Frieden erreicht werden könnte. Sie sorgten sich wegen einer ganz anderen Gefahr: dass es das einzige wirkliche Ziel der Konferenz sei, eine israelische Invasion in den Gazastreifen vorzubereiten.

Ami Ayalon, ein früherer Admiral, der einmal behauptete, ein Mann des Friedens zu sein und jetzt ein Labor-Mitglied im Regierungskabinett ist, erschien während der Konferenz im israelischen Fernsehen und sagte dort

ganz offen: Er sei für die Konferenz; denn sie legitimiere diese Operation.

Der Gedankengang ist folgender: um seine Verpflichtung gemäß der Road Map zu erfüllen, muss „Abbas die terroristische Infrastruktur“ in der Westbank und im Gazastreifen zerstören. „Terrorismus“ bedeutet Hamas. Da Abbas nicht in der Lage ist, den Gazastreifen selbst zu erobern, wird es die israelische Armee für ihn tun.

Hamas ist auf jeden Fall sehr beunruhigt – und das nicht ohne Grund.

Welchen Sinn hat es, wenn vierzig Vertreter aus aller Welt da sind, wenn aber mehr als die Hälfte des palästinensischen Volkes nicht vertreten ist? Dies um so mehr, als der Boykott der Hamas diese Organisation nur weiter in die Ecke gedrängt hat, und sie damit veranlasst hat, in ihrer Ablehnung dieses Treffens nur noch radikaler zu werden und die palästinensische Öffentlichkeit dagegen aufzuhetzen.

Die Hamas ist nicht nur bewaffnete Organisation, die momentan den Gazastreifen beherrscht. Sie ist vor allem eine politische Bewegung, die die Mehrheit der Stimmen des palästinensischen Volkes bei demokratischen Wahlen gewonnen hat – nicht nur im Gazastreifen, sondern auch auf der Westbank.

Das wird sich nicht ändern, wenn Israel morgen den Streifen erobert. Im Gegenteil: es wird Abbas als Kollaborateur in einem Krieg gegen das eigene Volk brandmarken und tatsächlich die Verwurzelung der Hamas in der palästinensischen Öffentlichkeit stärken.

Olmert sagte, zuerst müssten alle „terroristischen Strukturen“ eliminiert werden und erst danach könnte es Fortschritte in Richtung Frieden geben.

Das zeigt, dass er keine Idee davon hat, was eine „terroristische Infrastruktur“ ist. Um so bedauerlicher ist dies für eine Person, deren Vater (genau wie der Vater von Zipi Livni) ein hochrangiges Mitglied bei den Irgun-„Terroristen“ war. Es zeigt auch, dass

es nicht der Frieden ist, der auf seiner Liste oben auf steht – weil dieses Statement eine tödliche Landmine auf dem Weg zu einem Abkommen darstellt. Er spannt gewissermaßen den Wagen vor das Pferd.

Die logische Konsequenz müsste genau umgekehrt sein: Zunächst müssten wir ein Friedensabkommen erreichen, das für die Mehrheit des palästinensischen Volkes annehmbar ist. Das bedeutet (a) den Grund für einen palästinensischen Staat zu legen, dessen Grenze die Grüne Linie ist (mit begrenztem Landtausch) und dessen Hauptstadt Ost-Jerusalem ist, (b) das palästinensische Volk dazu aufrufen, dieses Abkommen mit einem Referendum zu ratifizieren und c) die Hamas aufzurufen, ihre Waffen niederzulegen und sich in den Streitkräften des neuen Staates einzugliedern, wie es in Israel geschehen ist, und sich dem politischen anzuschließen.

Wenn es eine Absicherung dafür gäbe, dass der Verlauf der Dinge diesen Ideen folgen würde, gäbe es auch eine vernünftige Chance, Hamas schon jetzt zu überzeugen, den Prozess nicht zu zerstören und Abbas zu erlauben diesen voranzutreiben – so wie die Ha-

mas schon in der Vergangenheit versprochen hat.

Warum? Weil die Hamas wie jede andere politische Bewegung von öffentlicher Unterstützung abhängig ist. Zum jetzigen Zeitpunkt – wo die Besatzung sich täglich verschlimmert und scheinbar alle Wege zu einem echten Frieden blockiert sind – müssen die palästinensischen Massen davon überzeugt sein, dass der Weg der Hamas, der Weg des bewaffneten Widerstandes, der einzige ist, der ihnen auch nur einen Hauch Hoffnung bietet.

Wenn die Massen hingegen davon überzeugt werden könnten, dass der politische Weg von Abbas Früchte tragen und zu einem Ende der Besatzung führen könnte, dann wäre auch die Hamas dazu gezwungen, ihren Kurs zu ändern.

Unglücklicherweise, hat die Annapolis Konferenz in keiner Weise dazu beigetragen, solche Hoffnungen zu bestärken. Die palästinensische Öffentlichkeit behandelte das Treffen genau wie die israelische, mit einer Mischung aus Misstrauen und Verachtung.

Hat dieses Spektakel also gar keinen positiven Aspekt gehabt? Wird es be-

reits morgen vergessen sein, wie bereits Dutzende solcher Treffen in der Vergangenheit vergessen wurden, so dass schließlich nur noch Menschen mit außergewöhnlicher Gedächtniskraft sie auch nur als da gewesen erinnern werden?

Ich bin nicht sicher, dass dem so ist.

Natürlich handelte es sich nur um einen einzigen großen Wortschwall. Aber im Leben der Nationen haben Worte durchaus ihren Wert.

Ja, die Annapolis Konferenz war nur ein kleiner Schritt, der unter Zwang zustande kam. Aber es war dennoch ein winziger Schritt in die richtige Richtung.

Das Bewusstsein einer größeren Menschenmasse ändert sich nur im Laufe eines langen und sehr langsamen Prozesses, mit der Geschwindigkeit tektonischer Platten. Aber, wie schon Galileo Galilei vor sich hinmurmelte: „Und sie bewegt sich doch!“.

(Aus dem Englischen von Ellen Rohlf und Christoph Glanz, vom Verfasser autorisiert)

Weitere Infos unter:
www.uri-avner.de

FRIEDENSBEWEGUNG

Abschlussplenum: Kontroverse oder gemeinsame Perspektive der Friedensbewegung?

Von Lühr Henken, Hamburger Friedensforum

■ Mit dem Thema „Das 21. Jahrhundert neu beginnen, Kriege stoppen, Besatzungen beenden, zum Völkerrecht zurückkehren“ – war den TeilnehmerInnen des Abschlusspodiums des 14. Friedenspolitischen Ratsschlags in Kassel ein sehr weit gestecktes Feld vorgegeben. Unter der Leitung von Dr. Marianne Hornung-Grove (Richterin aus Kassel) gaben Dr. Werner Ruf (emeritierter Professor für internationale Politik an der Uni Kassel), Dr. Wolfgang Sprengmann (Privatdozent für Sozialpolitik an der Uni Frankfurt/M und seit Jahresbeginn MdB von Bündnis 90/Die Grünen) sowie Christine Buchholz (im geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN

zuständig für den Bereich Frieden und Abrüstung) ihre Statements ab.

Werner Ruf verglich den Anspruch auf ein friedliches Zusammenleben der Menschheit, wie er in der UN-Charta zu Grunde gelegt ist, mit der Lage heute. Er zitierte den Anfang der Präambel der UN-Charta: „Wir die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter von der Geißel des Krieges zu bewahren, ...“, um zu fragen: Wie sieht die Welt sechs Jahrzehnte später aus? Eine Antwort fand er in der **Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS)**: „Seit 1990 sind fast vier Millionen Menschen – zu 90 % Zivilisten – in Kriegen

ums Leben gekommen. Weltweit haben über 18 Millionen Menschen wegen eines Konflikts ihr Heim verlassen. [...] Fast drei Milliarden Menschen und damit die Hälfte der Weltbevölkerung müssen mit weniger als zwei Euro pro Tag auskommen.“ Die Schlussfolgerung der ESS: „Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert“, verurteilte er. Hier werde ein Recht auf Militärintervention gefordert, was im Gegensatz zur UN-Charta stehe. Eine UN-Reform sei allerdings notwendig. Dabei solle es bei Stärkung des Gewaltverbots durchaus um Einmischung gehen. Dafür böte der UN-

Wirtschafts- und Sozialrat ECOSOC eine gute Möglichkeit, um die nicht-neoliberalen Ansätze in der Weltwirtschafts- und Sozialpolitik zu fördern.

Die Militarisierung der EU, um mit Militär Konflikte zu lösen, sei eine Katastrophe. Die EU solle sich auf ihr Potenzial an Softpower besinnen: Kultur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik böten große Möglichkeiten. Eine solche EU-Politik hätte auch einen positiven Einfluss auf die US-Politik. Der EU-Reformvertrag preise die Demokratie, sei jedoch von oben aufgestülpt. Bürger würden von der Willensbildung ausgegrenzt. Er nannte den EU-Reformvertrag ein „Vertragswerk des bürokratischen Absolutismus“.

Die Aussichten einer israelisch-palästinensischen Friedenslösung beurteilte Ruf sehr skeptisch. Für US-Präsident Bush sei es ausgeschlossen, dass er noch für irgend etwas eine Mehrheit bekäme, die Regierung Olmert sei aus Kreisen politisch äußerst rechts stehender zusammengesetzt, der palästinensische Präsident Abbas sei Vertreter einer korrupten Regierung, dem zudem die Legitimität fehle. Annapolis habe zentrale Fragen wie die Territorialität, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge und die Hauptstadtfrage ausgespart. Und zu allem Unglück habe man auch noch die USA zum Schiedsrichter auserkoren. Ruf fragte, weshalb die EU hier nicht in der Lage sei, konstruktiv zu wirken.

Wolfgang Sprengmann stellte die Frage, was Sozialpolitik mit Friedenspolitik zu tun habe. „**Spart endlich an der Rüstung!**“ sei angesichts eines 30-Milliarden-Verteidigungshaushalts sicher eine richtige Forderung. Es müsse mehr Geld in die soziale Sicherung fließen. In unserer Gesellschaft nehme als Folge der Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse die soziale Unsicherheit zu.

Anstatt diese Ursachen der sozialen Unsicherheit anzugehen, werde die Bedrohung umgelenkt auf angebliche Gefährdungen durch Terroristen, Fluchtbewegungen aus Afrika und kriminelle Machenschaften. Die politischen Folgen daraus seien Vorratsdatenspeicherung, Abschottung und eine militariserte Außenpolitik. Der Satz Peter Strucks, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch

verteidigt, sei für ihn einer der dümmsten Sätze. Notwendig sei eine Politik der Umverteilung von oben nach unten. Zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens bei uns trete er für eine repressionsfreie Grundsicherung, für einen Mindestlohn und eine Alterssicherung ein.

Zum Afghanistaneseinsatz der Bundeswehr stimme er mit der Friedensbewegung darin überein, dass mehr für Ziviles und weniger für das Militär aufgewendet werden solle und er sei gegen den Tornadoeinsatz. Auch seien ISAF und OEF mehr miteinander verwoben als hierzulande bisher wahrgenommen werde. Zögerlich sei er wegen der Forderung nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr, denn durch den Schutz des Aufbaus durch ISAF sei durchaus Positives bewirkt worden. Es müsse gelingen einen Übergang hinzubekommen, ohne dass das Land in einen Bürgerkrieg verfallende und die Taliban wieder an die Macht gelangten.

Zur Ratifizierung des EU-Reformvertrag müsse es eine Hürde von Zwei-Drittel der Abgeordneten im Bundestag geben, forderte er. Zwar sei es ein schwieriger Abwägungsprozess, doch gehe er davon aus, dass die Grünen für den Vertrag stimmen werden, nicht zuletzt deshalb, weil die darin festgeschriebene Sozialpolitik fortschrittlicher sei als die deutsche.

Christine Buchholz kam zu anderen Schlussfolgerungen als Sprengmann. Sie bemerkte zunächst, dass das 21. Jahrhundert mit einem imperialistischen Krieg begonnen habe, der „**Krieg gegen den Terror**“ genannt werde. Den USA gehe es dabei in Wahrheit um die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens zur Durchsetzung ihrer weltweiten Hegemonieansprüche.

Die EU werde durch den „Reformvertrag“ mehr und mehr zu einem globalen Spieler. Dies seien Stärken der imperialistischen Staaten. Jedoch sehe sie durchaus Schwächen. Vor allem sei ihr Krieg bei der Bevölkerung nicht beliebt. Widerstand mehre sich in Lateinamerika, im Irak, in Afghanistan, in Afrika und in Europa. Die USA hätten Schwierigkeiten, Soldaten zu rekrutieren, Diplomaten müssten schon in den Irak zwangsverpflichtet werden. Hoff-

nungen habe in Afrika das Weltsozialforum in Nairobi gegeben, auch die ablehnenden Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden seien nicht zu unterschätzen.

Um die Schwächen auszunutzen und das Kräfteverhältnis zuungunsten der imperialistischen Staaten zu verschieben, schlägt Christine Buchholz der Friedensbewegung zwei strategische Schwerpunkte vor: Afghanistan zum zentralen Projekt zu machen und das Nein gegen den EU-Reformvertrag zu verstärken.

Afghanistan sei ein zentrales Projekt der Herrschenden in Deutschland. Sie führt grundsätzliche Überlegungen des ehemaligen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium Lothar Rühl an, der vor allem befürchte, dass die NATO in Afghanistan auf dem Spiel stehe und die deutsche Rolle auf der internationalen Bühne festigen wolle. Es gebe ein großes Missverhältnis zwischen den Ausgaben für Militär und zivile und soziale Projekte in Afghanistan.

Die Friedensbewegung müsse herausstellen, dass der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan die Voraussetzung für den Frieden sei. Die Menschen in Afghanistan würden durchaus das Tun der Friedensbewegung wahrnehmen. Sie bewertete die erste bundesweite Afghanistan-Demonstration am 15.9. als einen wichtigen Schritt im Rahmen einer Kampagne, die im Jahr 2008 unter anderem auch einen Afghanistankongress beinhalte, um die Argumente der Friedensbewegung in die Bevölkerung zu tragen. Sie bezeichnete den Abzug der Bundeswehr als eine Niederlage für die deutschen Großmachtinteressen.

Die Ablehnung des EU-Reformvertrages durch die europäische LINKE begründete sie damit, dass er die Fortsetzung des neoliberalen Kurses, des Demokratieabbaus und der Militarisierung sei. Er beinhalte eine Aufrüstungsverpflichtung, die Einrichtung einer Rüstungsagentur und erstmals die direkte Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke. Sie merkte an, dass die Bundesregierung bei der Militarisierung der EU eine zentrale Rolle spiele und forderte die Friedensbewegung auf, aktiver noch gegen den EU-Reformvertrag aufzutreten.

50 Jahre Staatsterrorismus gegen Kuba

Horst Schäfer: „Im Fadenkreuz: Kuba“, Taschenbuchausgabe, Kai Homilius Verlag 2007, 296 Seiten ISBN: 978-3-89706-518-5, EUR 9,90

■ Die Beziehungen zwischen den USA und Kuba haben sich auch in jüngster Zeit weiter zugespitzt. Horst Schäfer liefert hierzu unverzichtbares Hintergrundmaterial. Nachdem seit dem ersten Erscheinen 2004 zwei Hardcover-Auflagen erschienen sind, liegt sein Buch nunmehr in einer preisgünstigen Taschenbuchausgabe vor.

Dieses kann als umfassendste und beste Chronik der US-Politik gegenüber Kuba gesehen werden und stützt sich fast ausschließlich auf offizielle Dokumente der CIA, des Weißen Hauses und des Außenministeriums.

Aufgearbeitet wird aber nicht nur die US-Politik gegenüber Kuba seit 1959. Die ersten Abschnitte beschäftigen sich mit „Terrorismus nach Art des Weißen Hauses“. Mordkomplotts und CIA-organisierte Staatsstrieche haben schließlich eine lange US-Tradition vom Iran, über Guatemala und den Kongo. Dieses wird – quasi in Kurzfassung – anhand von Originaldokumenten dargestellt.

In einem weiteren Kapitel wird zunächst die Geschichte Kuba von 1898, dem Jahr der formellen „Unabhängigkeit“ von Spanien bis 1958 dargestellt. Diese 60 Jahre sind eine Geschichte neokolonialer Ausbeutung mittels US-Marionettenregierungen, wie es für diesen Zeitraum auch für die anderen Karibik-Staaten als Hinterhof der USA typisch war. Begonnen hat diese Etappe mit einer der historisch bedeutendsten Kriegslügen, nämlich dem Versenken des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna. Horst Schäfer hat auch hierzu recherchiert und kann auf Untersuchungen des US-Kongresses verweisen, dass dieser Zwischenfall nicht durch die spanischen Besatzer Kubas, sondern durch eine im Schiff selbst ausgelöste Explosion verursacht wurde. Jedenfalls konnten 1898 durch die USA nicht nur die Spanier aus Kuba vertrieben werden, sondern eine damals (fast) erfolgreiche nationale Befreiungsbewegung niedergeschlagen werden.

Die nächsten Kapitel behandeln die Zeit seit der erfolgreichen Revolution 1958 bis 1965. Für diese Zeit wurden in den USA Archive geöffnet und von Horst Schäfer intensiv ausgewertet. Die Dokumente belegen die ganze Vielfalt von Aktivitäten, über Sabotageaktionen – teilweise auch mit biologischen und chemischen Waffen, den zahlreichen Mordplänen gegen Fidel Castro sowie den Plänen für eine militärische Intervention. Nach dem US-Fiasko in der Schweinebucht 1961 wurden diese Pläne ja keineswegs aufgegeben, sondern vielmehr intensiviert.

Die ausgewerteten Quellen belegen, dass eine erneute militärische Intervention mit Exilkubanern und US-Luftwaffenunterstützung für den Oktober 1962 angesetzt war, d. h. jenem Zeitpunkt, wo dann durch die Kuba-(Raketen-)Krise eine Wendung eintrat.

Quasi als Abfallprodukt seiner Recherchen ergeben sich in dem Buch auch Hinweise auf die Hintergründe des Mordes an J.F. Kennedy. Eines der möglichen Tatmotive für den Mord an JFK liegt in seinen damaligen diplomatischen Annäherungen an Kuba, was durch verschiedene Quellen durch Horst Schäfer belegt wird. Klar ist nach seinen Recherchen jedenfalls, dass dieser Mord in einem Zusammenspiel von Mafia, Exilkubanern, CIA, FBI und offiziellen Regierungsstellen erfolgt ist. Diese haben es verstanden, die tatsächlichen Umstände so zu vertuschen, dass die Wahrheit wohl nie mehr ans Tageslicht kommen wird.

Für den größten Teil der zurückliegenden 50 Jahre gibt es bisher keine freigegebenen Geheimdokumente mehr. Die Darstellung dieses Zeitraumes hat Horst Schäfer aber ein breites Spektrum an Quellen ausgewertet, wobei ihm seine frühere Tätigkeit als US-Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN zugute kam. Schwerpunkt der US-Aktivitäten war und ist dabei die völkerrechtswidrige Wirt-

schaftsblockade, mit der auch Firmen aus Drittstaaten zur Komplizenschaft gezwungen werden sollen.

Eine zentrale Rolle spielt auch die detailliert dargestellte enge Zusammenarbeit von US-Regierungsstellen mit exil-kubanischen Terroristen.

Schließlich wird die Geschichte der „Cuban 5“ geschildert, die in Miami geplante Terroraktionen gegen Kuba aufdecken konnten und dafür seit 1998 selbst von der US-Justiz wie Terroristen behandelt werden.

Sehr lobenswert ist an dem Buch auch, dass in einem Schlusskapitel mehrere Meinungen über die Situation auf Kuba wiedergegeben sind, deren Verfasser nicht unbedingt als glühende Verehrer des Sozialismus anzusehen sind, denen man aber gerade deshalb Objektivität zubilligen kann.

Schade ist allerdings, dass in der Taschenbuchausgabe die in der Hardcover-Ausgabe enthaltenen 12 Seiten mit freigegebenen – wenngleich mit mehr oder weniger vielen Schwärzungen versehenen – CIA-Dokumente weggelassen wurden. Diese mögen auf dem ersten Blick zwar entbehrlich erscheinen, verleihen aber dem Inhalt angesichts der geradezu unglaublichen US-Terroraktionen die notwendige Authentizität. Wer dazu bereit ist, ein paar Euro mehr auszugeben, sollte deshalb besser zu der nach wie vor im Handel erhältlichen Hardcover-Ausgabe greifen. Damit verzichtet man zwar auf die in der Taschenbuchausgabe enthaltenen Aktualisierungen, dafür findet man aber im Internet zusätzlich noch neuere Quellen, die nicht mehr in die Taschenbuchausgabe eingeflossen sind. Seit März 2007 schreibt Fidel Castro regelmäßig „Reflexionen“ in der Tageszeitung Granma (Deutsche Quelle: www.redglobe.de), in denen seine Sicht der US-Terroraktionen einen breiten Raum einnehmen.

Karl-Heinz Peil



Friedenspolitische Schwerpunkte 2008

I. Auslandseinsätze beenden – Für Frieden in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten

Der Krisenbogen vom Nahen und Mittleren Osten bis Zentralasien ist zu einem Schwerpunkt bei der Planung und Durchführung von Ressourcenkriegen gemacht worden. Die Region ist von zentraler Bedeutung im Kampf um die Vorherrschaft der USA und EU-Europas gegenüber Russland und China. Die EU handelt dabei trotz gelegentlich unterschiedlicher Interessenlage weitgehend in enger Verbundenheit mit den dabei führenden USA.

Die weltweit größten Kriegsverbrechen begehen derzeit die USA im Irak; in Afghanistan ist eine „Irakisierung“ absehbar. Die seit Jahrzehnten andauernde völkerrechtswidrige Besetzung von Palästinensergebieten durch Israel, der Terror gegen die dortige Bevölkerung und deren Aktionen haben in 2007 eine extreme Zuspitzung erfahren.

Die Lösung des Nahostkonfliktes erfordert die Anerkennung des gleichen Rechts aller Menschen in der Region auf eine menschenwürdige Existenz.

1. Wir werden die gemeinsame Kampagne für einen Bundeswehr-Abzug aus Afghanistan, für Frieden und eine souveräne Entwicklung des Landes fortsetzen. Wir werden den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, damit sie sowohl den ISAF als auch den OEF-Einsatz beendet. Wir suchen dabei die Zusammenarbeit mit der internationalen Bewegung gegen den Krieg in Afghanistan.

2. Entgegen der offiziell verbreiteten Meinung, dass die BRD nicht am Krieg im Irak beteiligt sei, kommt der BRD durch die Bereitstellung von Militärstützpunkten und Logistik eine herausragende Bedeutung in der Kriegsführung zu. Wir fordern deshalb, dass die Bundesregierung die Stationierungsverträge mit den USA kündigen. Wir wollen unter anderem den fünften Jahrestag der Irak-Invasion dafür nutzen, auf die US-Kriegsverbrechen und die humanitäre Katastrophe im Irak hinzuweisen und unterstützen eine hierzu geplante Irak-Konferenz.

3. Wir wenden uns gegen einen Einmarsch der türkischen Armee in Nord-Irak und fordern ein Ende des Krieges und der Repression gegen Kurdinnen und Kurden.

4. Wir wenden uns entschieden gegen die auf Doppelstandards (zweierlei Maß) begründete Interventionspolitik gegen den Iran, die auf eine Schwächung und Destabilisierung der stärksten Macht der Region zielt. Wir klären darüber auf, dass die als „Diplomatie“ umschriebene Sanktionspolitik unter aktiver Beteiligung der Bundesregierung zu einer Eskalationsstrategie gehört. Diese kann angesichts konkreter Angriffspläne seitens der USA und Israels rasch zum Krieg führen.

5. Wir wollen verstärkt über die katastrophale Lage der Palästinenser im Gazastreifen aufklären. Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der Unterstützung der Besatzungspolitik. Wir arbeiten solidarisch mit den palästinensischen und israelischen Friedenskräften zusammen, bemühen uns um einen intensiven Dialog mit Palästinensern und Juden in der Bundesrepublik und unterstützen sie in ihren Forderungen nach zwei gleichberechtigten Staaten in den Grenzen von 1967.

II. Gegen Ausplünderung und Angriffskriege – Für die Verwirklichung des Völkerrechts

Seit mehr als sechs Jahren führen die US-Regierung und ihre Verbündeten in der NATO unter dem Deckmantel „Krieg gegen den Terror“ Angriffskriege. Vorgeblich dienen sie zudem der

Durchsetzung von „Demokratie und Menschenrechten“. Tatsächlich geht es um die Beherrschung ressourcenreicher Regionen. Dasselbe steht auch hinter der aggressiven Politik gegenüber dem Iran. Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße in diese völkerrechtswidrigen Kriege involviert.

Die US-Stützpunkte in der Bundesrepublik sind ein logistisches Rückgrat dieser Kriegspolitik. Dazu gehören auch zivile Objekte wie z. B. die Flughäfen Leipzig und Hahn als Drehscheiben für Truppentransporte.

Mit der UN-Charta wurde 1945 die völkerrechtliche Grundlage für Frieden, sozialen Fortschritt und Wohlstand weltweit geschaffen. Dabei ist das Verbot von Angriffskriegen zentral.

1. Wir wollen die durch Globalisierung und Kriegsführung verursachten Ressourcenverschwendungen in den Kontext der Umwelt- und Klimadiskussion bringen. Dabei wollen wir den Kampfbegriff „Energiesicherheit“ mit anderen Inhalten belegen, die im Interesse aller Menschen und einer nachhaltigen Entwicklung liegen. Wir engagieren uns für die stark zunehmende Zahl von Flüchtlingen, indem wir für eine nachhaltige Entwicklung von Ländern der dritten Welt eintreten und der neoliberalen Ausbeutung durch USA und EU entgegen treten. Wir solidarisieren uns mit Flüchtlingen, indem wir für alle ein Bleiberecht bei uns fordern und für eine humane Entwicklung in den Ländern der „Dritten Welt“ eintreten.

2. Wir wollen zur Aufdeckung von Lügen und Kriegspropaganda beitragen, wie z. B. die Verschleierung der wahren Interessen der Militäreinsätze durch Begriffe wie „Friedensmissionen“ und „humanitäre Interventionen“. Wir werden aber auch schönfärberischen Umschreibungen von Kriegen als „Luftschläge“ u. ä. entgegentreten. Der Krieg beginnt mit dem ersten Schuss, mit der ersten Bombe.

3. Wir unterstützen Bürger- und Friedensinitiativen, die sich gegen US-Militärstützpunkte wie die US AirBase in Ramstein oder gegen vorhandene und geplante Bundeswehrübungsplätze engagieren (Colbitz-Letzlinger Heide, „Bombodrom“). Wir wenden uns gegen die Militärpolitik der NATO und die Nutzung von US-Militärbasen in Europa für die Kriegsführung in aller Welt.

III. Für atomare Abrüstung – gegen neue Atomwaffenarsenale

Die reale Gefahr durch Atomwaffen geht von den Atomwaffenmächten aus, die entgegen ihren vertraglichen Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrages massive Aufrüstungsprogramme auflegen. Der Einsatz von Atomwaffen ist fester Bestandteil der US-Nukleardoktrin sogar gegenüber solchen Ländern, die über keine Atomwaffen verfügen, wie z. B. dem Iran. Die Einschüchterung und verbalen Drohungen – wie Bush jüngst mit einem „Dritten Weltkrieg“ – führen zu einem neuen Rüstungswettlauf.

1. Wir unterstützen alle Initiativen und Kampagnen, die auf atomare Abrüstung gerichtet sind, wie z. B. „unsere zukunfts – atomwaffenfrei“.

2. Wir setzen uns ein für den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Territorium und die Beendigung der direkten oder indirekten nuklearen Teilhabe der Bundeswehr.

3. Wir wollen verstärkt über die vor allem in Irak und im ehemals jugoslawischen Staatsgebiet erfolgte radioaktive Verseuchung durch Uranmunition aufklären.

IV. Für Rüstungsabbau und Konversion – gegen die Aufrüstung von EU und Bundeswehr

Mit dem in Lissabon von den EU-Regierungs-

chefs verabschiedeten „EU-Reformvertrag“ soll die gescheiterte EU-Verfassung mit ihrem neoliberalen Kurs, dem Demokratieabbau und der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik durchgesetzt werden. Kernpunkte des Vertrages sind die Aufrüstungsverpflichtung, die Einrichtung einer Rüstungsagentur und die Aufhebung des Verbots der Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke.

Neue Rüstungsprojekte wie die 2007 beschlossene Beschaffung neuer Fregatten für die Marine und die Weltraumausrüstung mit Radar-Aufklärungssatelliten (SAR-LUPE) zielen darauf, auch die militärische Dominanz der BRD in der EU auszubauen.

1. Aus den auch in anderen EU-Ländern vorhandenen Widerstandsbewegungen gegen die EU-Verfassung bzw. „EU-Reformvertrag“ wollen wir durch eine länderübergreifende Zusammenarbeit eine europaweite Kampagne gegen die Militarisierung der EU entwickeln. Ein Schwerpunkt ist dabei die EU-Rüstungsagentur.

2. Der Aufbau der „Raketenschilder“ gegen Interkontinentalraketen hat zum Ziel, Angriffskriege führen zu können, ohne einen Zweitschlag fürchten zu müssen. Wir wenden uns gegen die Stationierung entsprechender neuer US-Raketenabwehranlagen in Polen und Tschechien. Wir sind solidarisch mit den Friedensbewegungen dieser Länder in ihrem Kampf gegen die Pläne der US-Regierung.

3. Im Widerstand gegen den Afghanistan-Krieg unterstützen wir die „Anti-Rekrutierungskampagne“, bei der wir das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung in all seinen Erscheinungsformen (vom Teilverweigerer bis zum Totalverweigerer) in den Vordergrund stellen.

4. Anknüpfend an die Kampagne „Spart endlich an der Rüstung“ setzen wir unser Engagement fort für eine radikale Reduzierung der staatlichen Rüstungsausgaben zugunsten sozialer, kultureller, bildungs- und arbeitspolitischer Maßnahmen und die Konversion der Rüstungsindustrie in zivile, nützliche Produktion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

5. Wir unterstützen Aktivitäten gegen deutsche Rüstungsexporte, die auch wesentlichen Anteil zur Destabilisierung in Krisenregionen haben.

V. Für Demokratie und Menschenrechte – gegen Militarismus im Inneren

Der verfassungswidrige Bundeswehreinmarsch in Heiligendamm hat 2007 einen weiteren Schritt zur Legitimierung der inneren Militarisierung dargestellt. Mit der geschürten Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt. Darin sehen wir eine flankierende Maßnahme zur Durchsetzung der expansiven Außenpolitik mit weltweiten militärischen Interventionen, die von der Bevölkerungsmehrheit nicht unterstützt werden.

1. Wir unterstützen die zahlreichen Aktivitäten verschiedener Initiativen und Gruppen, die sich vor allem gegen die Entwicklung zum Überwachungsstaat engagieren.

2. In diesem Zusammenhang sehen wir auch den Kampf gegen neue Feindbilder wie „den“ Islam sowie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

3. Wir beteiligen uns an Aktionen zur Bekämpfung von neofaschistischen und rassistischen Ideologien. Wir unterstützen die Forderung nach einem Verbot der NPD.

**Bundesausschuss Friedensratschlag
Kassel, 30. November 2007**